

# Zurück zu den Ursprüngen?

Der Einheitskanzler als Architekt der Europäischen Union – dieser Traum Helmut Kohls kann sich kaum noch erfüllen. Mit François Mitterrand stellt er sich auf das Schei-

tern des Maastrichter Vertrags ein. Dann soll ein Klein-Europa entstehen, angetrieben von Paris und Bonn mit gemeinsamer Notenbank und festen Wechselkursen.

**S**olange wir noch leben“, offenbarte der Bonner Kanzler einem engen Mitarbeiter, „müssen der François und ich die europäische Einigung irreversibel machen.“ Denn, davon ist er fest überzeugt, „unsere Nachfolger werden das nicht mehr hinkriegen“.

Helmut Kohl und sein französischer Freund, Präsident François Mitterrand, fürchten um ihre historische Mission. Sie haben allen Grund dazu.

Die EG steckt in der schlimmsten Sinnkrise ihrer Geschichte. Die ehrgeizigen Ziele des Vertrages von Maastricht – europäische Währungsunion, politische Integration, Einstieg in eine

Verteidigungsgemeinschaft – stoßen überall auf wachsenden Widerstand. Die Dänen haben sie abgelehnt, die Franzosen sind gerade mal zur Hälfte dafür, in England wuchert alte Europa-Feindlichkeit, in Deutschland grassiert die Angst vor dem Verlust der schönen, harten D-Mark.

Der Vertrag von Maastricht ist, trotz aller „Durchhalteparolen wie 1944“ (SPD-MdB Peter Conradi), in der vorliegenden Form kaum noch umzusetzen.

Das Euro-Paar Kohl/Mitterrand ist deshalb zum Äußersten entschlossen.

Vorigen Dienstag in Paris baute das Duo unter größter Geheimhaltung für

den Notfall vor. Seine Absprache ist eine hochbrisante Sprengladung für das Maastricht-Europa: Wenn sich unabänderlich herausstellt, daß sich die Zwölfergruppe nicht enger binden kann oder will, wollen Frankreich und Deutschland im Alleingang vorgehen.

Das Modell steht bis in die Details: Franc und Mark werden dann mit festen Wechselkursen unwiderruflich zusammengeschweißt. Eine deutsch-französische Notenbank – paritätisch besetzt und nach deutschem Vorbild staatsunabhängig – kontrolliert die Geldmenge, fixiert das Zinsniveau. Als Sitz ist Frankfurt, als Chef ein Franzose vorgesehen.

\* Beim EG-Gipfel im Juni in Lissabon.



**Europäische Regierungschefs\*:** „Unsere Nachfolger werden das nicht mehr hinkriegen“

Weitere Partner – Belgien, Luxemburg, vielleicht auch die Niederlande, später Österreich und die Schweiz – sind den Euro-Enthusiasten Kohl und Mitterrand willkommen, aber es ginge auch ohne sie.

„Das ist die Notplanung, nicht unsere Priorität“, so ein Kanzlerberater, denn „fatale politische Rückwirkungen wären die Folge“.

Italiener und Engländer würden durch den deutsch-französischen Bilateralismus brüskiert, Europas Südgürtel würde an den Rand gedrängt. Die EG-Aspiranten im Osten hätten keine Aussicht, diesem feinen, kleinen Klub der westeuropäischen Gemeinschaft je beizutreten.

Die Initiative von Paris stößt denn auch bei Kohls Koalitionspartner keineswegs auf Begeisterung. Außenamtschef Klaus Kinkel (FDP), vom Kanzler nicht eingeweiht, hält „eine Alleinkiste“ der beiden Mittelmächte für „sehr unfein“. Vizekanzler Jürgen Möllemann (FDP), ebensowenig vom Chef informiert, findet die Pläne, „wenn es sie gibt, maßlos überzogen“.

Solange noch Hoffnung besteht, Inhalt und Zeitplan des Maastricht-Vertrags mit einer „interpretierenden Erklärung“ (Kohl) oder einem Pro-Europa-Werbefeldzug zu retten, wollen Kohl und Mitterrand es weiter versuchen. Keimende Zweifel daran gedenken sie einstweilen zu zerstreuen.

Erste Gerüchte über ein „Klein-Europa“ wurden noch Ende voriger Woche von der Bundesregierung hart dementiert („erfunden, entbehren jeglicher Grundlage“). In seiner Regierungserklärung am Freitag gab sich Kohl gewohnt Maastricht-fest und so zuversichtlich, als sei seine Europa-Illusion nicht schon so gut wie zerstoßen.

Die Bombe soll nicht vor dem Euro-GAU hochgehen. Der wird freilich immer wahrscheinlicher.

Der Zwölferklub, das erweist sich von Tag zu Tag mehr, wird sich in absehbarer Zeit nicht in eine Wirtschafts- und Währungsunion verwandeln. Und er wird sich genausowenig zu einer Verteidigungsgemeinschaft vereinen.

Die unangenehme Wahrheit über seinen Europa-Traum gesteht sich Helmut Kohl nur schwer ein. Das Publikum will er damit nicht konfrontieren – noch nicht?

„Mit einer kleinen Währungsunion auf Maastricht zugehen“, empfiehlt der französische Wirtschaftsexperte Michel Drancourt. EG-Präsident Jacques Delors hat Gleiches im Sinn, wenn er eine „französisch-deutsche Führung“ einfordert. Auch deutsche Experten wie der frühere Bundesbank-Präsident Karl Ot-



Frankfurter Allgemeine

to Pöhl raten dazu, Deutschland, Frankreich, Dänemark und die Beneluxstaaten in einem Währungsverbund zu vereinen. „Sobald die übrigen EG-Länder bereit sind, sich der Disziplin eines solchen Systems unterzuordnen, sollten auch sie teilnehmen“ (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 23).

Verklausuliert, aber deutlich genug, läßt Finanzminister Theo Waigel ähnliche Ideen verbreiten. „Schon morgen“, so Waigel, könne eine Währungsunion starten, wie sie nach dem Maastrichter Vertrag erst 1999 vorgesehen ist. „Wir haben einen harten Kern.“

Die Stimmung in England, Frankreich, Deutschland und anderswo bringt am besten der Sozialdemokrat und überzeugte Europäer Peter Glotz auf den Nenner: „Laßt alle Illusionen fahren: Maastricht wird nicht zur politischen Union führen, nicht einmal zur Währungsunion.“ Eine neue europapolitische Initiative sei fällig, so der SPD-Vordenker, aber nicht für zwölf, sondern nur für sechs Mitglieder, den alten Kern der EWG.

Zurück zu den Ursprüngen?

Die Aktion Europa, kein Zweifel, ist verfahren. Die Turbulenzen auf den Devisenmärkten, der Riß im Europäischen Währungssystem hatten wirtschaftliche Ursachen. Das britische Pfund, die italienische Lira waren seit langem überbewertet. Ausgelöst und angeheizt wurde die Wechselkurspekulation aber von Regierungen und Notenbanken, die ihre Geld- und Zinspolitik national und nicht gesamteuropäisch ausrichteten.

Politiker und Staatsbanker flüchteten sich in billige Schuldzuweisungen an die jeweiligen Nachbarn. Der Flurschaden ist groß, die Krise bei weitem nicht bereinigt. Das Börsendebakel ist lediglich ein beängstigendes Symptom, nicht aber Grund für die Euro-Krise.

In Washington mühten sich Europas Finanzminister und Notenbankgouverneure Anfang voriger Woche, auf ihrer Routinetagung beim Internationalen Währungsfonds, das Chaos zu ordnen.

Es gebe kein Krisenszenario, weil es keine Krise gebe, versuchte Waigel zu beruhigen. Und für seine Verhältnisse geradezu beschwörend redete Helmut Schlesinger, Geldtechnokrat an der Spitze der Bundesbank in Frankfurt, den Rest des europäischen Währungssystems EWS schön. Nach dem Ausscheiden von Pfund und Lira sei das EWS „wieder stabil“.

Doch kaum hatten die Geldhändler vorigen Montag ihre Schalter wieder geöffnet, gab es neue Aufregung. Gleich vier der EWS-Währungen sackten an den unteren Rand ihrer innerhalb des Systems festgelegten Bandbreiten. Der französische Franc, neben der Mark harter Kern des Rest-EWS, konnte nur mit massiver Stützung in der vorgesehenen Bahn gehalten werden.

Dabei hatten die Notenbanken schon in der Woche zuvor Milliarden ausgeben müssen, vor allem für die – vergebliche – Anstrengung, die Kurse von Pfund und Lira zu halten. Seit Juni hat allein die Bundesbank für 150 Milliarden Mark interveniert. 60 Milliarden Mark

# Morire per Dresda, no

RUDOLF AUGSTEIN

Niemand von uns wäre auf die Idee verfallen, den Vertrag von Maastricht mit dem Diktat von Versailles aus dem Jahre 1919 zu vergleichen. Nun aber lesen wir in der ältesten Tageszeitung Frankreichs, dem *Figaro*:

„Deutschland wird zahlen“, sagte man in den zwanziger Jahren. Es zahlt heute: Maastricht, das ist der Versailler Vertrag ohne Krieg.

Das ist nicht so en passant hingeschrieben, denn schon die Überschrift des Artikels lautet: „De Versailles à Maastricht“. So sieht sie nunmehr aus, die deutsch-französische Freundschaft, die Konrad Adenauer vor mehr als 40 Jahren mitbegründet hat – unter dem Zwang der Ereignisse zwar, aber doch aus Überzeugung. Das Stichwort „Versailles“ weckt die schlimmsten Befürchtungen.

Kein Zweifel, das Deutsche Reich hatte 1914 die größte Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs – wenn es denn Schuld im Leben der Völker gibt. Man fürchtete zu Recht seinen Expansionstrieb. Die Alleinschuld, wie 1939 am Zweiten Weltkrieg, hatte es nicht.

Warum mußte man es also derart demütigen, warum ihm Zahlungen aufbürden, die es unter keinen Umständen leisten konnte? Warum unter Berufung auf nicht gezahlte Reparationen 1923 ins Ruhrgebiet einfallen, was den friedfertigsten Nicht-Nationalisten in Deutschland empören mußte?

Nein, Versailles war kein konstruktives Diktat, was es ohnehin nicht geben kann. Es heizte den „Furor teutonicus“ so heftig an, daß die Frage erlaubt ist, ob Hitler ohne die Demütigungen, überzogenen Reparationsforderungen und Ungeheimheiten – Südtirol trotz deutscher Bevölkerung zu Italien, Rest-Österreich auf keinen Fall zu Deutschland – überhaupt die Gelegenheit bekommen hätte, Europa zu zerstören.

Wenn Deutschland denn damals dafür zahlen mußte, weil es die Welt mit Krieg überzogen hatte, warum denn jetzt dafür, daß es nichts dergleichen tun kann und will?

Man verlangt immer von den Deutschen, daß sie anders als die anderen, daß sie exemplarische Euro-

päer und Altruisten sein sollen, und sei es dadurch, daß sie ihre Bedenken gegen eine Inflationsgemeinschaft lediglich zu Protokoll geben.

Deutschland wird den Vertrag von Maastricht ratifizieren. Doch seine Zahlmeister sind am Ende nicht die auf ein imaginäres Geschichtsbuch schielenden Hanseln der Saumägen und Nordseekrabben, sondern die sprichwörtlichen kleinen Leute.

Anderen Ländern ist es erlaubt, ihre speziellen Interessen zu vertreten, den USA zuletzt auf der Umweltkonferenz in Rio. Früher nannte man das „sacro egoismo“. England und Frankreich werden Sonderrechte für die Verklappung von radioaktivem Müll in der Nordsee eingeräumt. Wir aber sollen 47 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs unter Kuratel gehalten werden.

A. M. Rosenthal, ehemaliger Chefredakteur der *New York Times*, schreibt dort: „Deutschland ist immer noch jedermanns Angelegenheit.“

Ginge es um die deutsche Zustimmung zu Maastricht, so würde man die ausländische Aufregung verstehen. Die Pfeile sind aber gegen die unabhängige Bundesbank gerichtet und gegen die deutsche Vereinigung. Wurde 1939 in Frankreich die Frage „Mourir pour Dantzig?“ gestellt, so erklärt der italienische Mega-Industrielle Carlo De Benedetti heute in seiner Zeitschrift *L'Espresso*: „Morire per Dresda, no.“

Auch wir wollen nicht für Dresden sterben. Die DDR samt Dresden in die Bundesrepublik aufzunehmen, dazu waren wir verpflichtet, und die Italiener hatten wie alle anderen EG-Staaten zugestimmt. Jetzt ist ihnen der schöne Gedanke gekommen, die Bundesbank habe 1979 mit der Regierung Schmidt ein Abkommen getroffen, den Zentralbanken keine weiteren Kredite mehr zukommen zu lassen. Die Italiener sehen plötzlich einen Verstoß gegen Buchstaben und Geist des Europäischen Währungssystems (EWS) – so, als könne jede Notenbank von allen anderen Notenbanken des Verbunds beliebig viel Geld leihen.

Für Dresden sterben hieße dann: Ihr Deutschen habt Leit- und Lombardzins so hoch geschraubt, weil ihr den Ostteil eures Landes alimentieren müßt. Das stimmt sogar. Nur steht es so in den Verträgen. Wir dürfen uns ja

auch nicht über die Mißwirtschaft in Süditalien aufregen.

Daß die Bundesbank entschlossen sei, das Pfund auszuhöhlen, wie die Briten um John Major und Norman Lamont meinen, kann wohl nur als polemischer Nonsens gewertet werden. Sie sollen ihre Wirtschaft in Ordnung bringen, und sei es mit Hilfe eines neuen Thatcherismus, wie wir die ungleich schwierigere Aufgabe bewältigen müssen, unseren Osten aufzubauen.

Betrachtet man die italienische Politik, so wird Carlo De Benedetti zum Harlekin, wenn er für Dresden nicht sterben will. Grundlage des EWS war die Selbstverständlichkeit, daß Bundesbank und Bonn sich mündlich oder schriftlich abstimmen dürfen; Grundlage war ebenso, daß nicht jede Währung jede andere bis zum Geht-nicht-Mehr anzapfen darf.

Maastricht kann in der bisherigen Form nicht weitergeführt werden, man hätte es gar nicht erst beschließen sollen. Mitte nächsten Jahres wird Dänemark ein neues Referendum abhalten. Warum wurde den Briten überhaupt eine Extrawurst zugesprochen? Das ist Gift und macht böses Blut.

England brauchen wir, und Bundesbankpräsident Schlesinger war schlecht beraten, als er verkündete, die Wiederaufnahme des Pfundes in das EWS müsse unter den Bedingungen der Bundesbank erfolgen, „if ever“.

Das paßt zu Kohls und Mitterrands Idee von den „zwei Geschwindigkeiten“, die nur ein heilloses Durcheinander verspricht. Josef Joffe, gebürtiger Atlantiker und Europäer in einem, schreibt gleichwohl in der *Süddeutschen Zeitung*:

Das Herzstück von Maastricht, eine gemeinsame Währung, ist vorläufig *perdu* – was ebenfalls kein Wunder ist. In Maastricht haben die Durchmarsch-Strategen den zweiten Schritt vor den ersten gesetzt. Sie haben das gemeinsame Geld anvisiert und ignoriert, was in jedem Textbuch nachzulesen ist: Nur eine gemeinsame *Wirtschaftspolitik* erlaubt eine gemeinsame Währungspolitik.

Was Wunder, wenn man glaubt, die bedrohten Staatsmänner Kohl und Mitterrand würden das noch einmal versuchen – das gesplattene EG-Europa der zwei Geschwindigkeiten.

gingen in den ersten drei Septemberwochen drauf, davon 25 Milliarden für die Lira.

Auch die Franzosen mischten kräftig mit. Um den Druck der Mark auf ihre Währung zu mildern, boten sie in nur zwei Wochen über 20 Milliarden Mark auf dem Markt an. Und nun, so sah es Anfang voriger Woche aus, sollte das Spiel von vorn beginnen?

Sieben Stunden lang – mal in Waigels Hotelsuite, mal in der französischen Residenz, mal im Tagungsbüro der Deutschen – gingen die Finanzminister aus Bonn und Paris gemeinsam mit den Notenbankgouverneuren alle Möglichkeiten durch.

In einer höchst ungewöhnlichen gemeinsamen Erklärung ließen „die Regierungen und Zentralbanken Frankreichs und Deutschlands“ schließlich die Geldhändler wissen, „daß die geltenden Leitkurse zwischen ihren Währungen die zugrunde liegende Situation ihrer Volkswirtschaften richtig widerspiegeln und daß keine Änderung ihrer Leitkurse gerechtfertigt ist“. Deshalb werde man weiter „im Einklang mit den Regeln des europäischen Währungssystems handeln“.

Es half nicht viel. Das Vertrauen der Devisenmärkte in die Stabilität Europas ist erschüttert. Ein politischer Rückschlag für den Einigungsprozeß führt unweigerlich zu ökonomischen Verwerfungen – die schlagen sich auch in Devisenkursen nieder. Darauf bauen die Spekulanten. Ihre Erwartungen werden täglich neu in beinahe allen europäischen Staaten angeheizt (siehe Kasten Seite 22).

Immerhin: Das halbherzige französische „Oui“, so stellt der deutsche EG-



Deutsche Währungspolitiker Waigel, Schlesinger: Harter Kern

Botschafter Jürgen Trumpf erleichtert fest, hält „das deutsch-französische Tandem“ intakt, den eigentlichen Motor der europäischen Integration (siehe Seite 189). Doch der Schwung ist hin. Die Völker sind europamüde. Für Horst Köhler, Staatssekretär im Finanzressort und einer der Autoren des Maastricht-Vertrags, ist der Volksunmut gegen Brüssel „Teil der allgemeinen Verdrossenheit der Bürger gegenüber der Politik“.

Seit die Dänen im Juni mit knapper Mehrheit die Verträge von Maastricht abgelehnt haben, wachsen auch in den anderen Mitgliedstaaten Ressentiments und Widerstände gegen eine weitere Verlagerung nationaler Souveränität auf Brüssel. Die Regierungschefs und ihre Außenminister, die bislang in bequemer Distanz zu ihren Wählern die europäische Einigung vorantrieben, sehen sich auf einmal mit ihren Bürgern konfrontiert. Die fürchten um ihre nationale Identität und ängstigen sich vor einem anonymen Brüsseler Zentralstaat.

Die magere Mehrheit in Frankreich für das komplizierte Maastrichter Vertragswerk hat zudem die Absicht der EG-Außenminister durchkreuzt, das Nein der Dänen vorerst zu ignorieren und – als wäre nichts geschehen – andere Mitgliedstaaten die Verträge ratifizieren zu lassen. Das kleine Dänemark fühlt sich durch das Votum von 12,6 Millionen Nein-Sagern in Frankreich bestätigt.

Ministerpräsident Poul Schlüter hofft, „nun bestimmt leichter Gehör bei den anderen zu finden“, wenn es darum geht, den Vertrag für sein Volk in einem zweiten Referendum akzeptabler zu gestalten. Ihre stärksten Verbündeten finden die Dänen mittler-



Devisenhändler in Paris\*: Beängstigendes Symptom für die Euro-Krise

\* Am Freitag vergangener Woche.

# Der Spekulant geht „short“

Wie die Devisenhändler am Währungschaos verdienen

**P**olitiker mögen die Krise des Europäischen Währungssystems (EWS) bedauern, für Banken und Investoren sind Turbulenzen ein gutes Geschäft.

In London wurde am Mittwoch vorvergangener Woche, als britisches Pfund und italienische Lira aus dem EWS-Verbund aussicherten, überall auf den Ausverkauf des Pfundes spekuliert. Mitgemacht haben nicht nur Banken, sondern auch Finanzabteilungen großer Konzerne, Manager von Pensionsfonds sowie private Großanleger.

Mit Erfolg. „Einen guten Gewinn“ habe sein Institut erzielt, sagt Pete Luxton von der Barclays-Bank-Gruppe. Ein anderer Devisenhändler nannte sogar Zahlen: Allein an diesem Tag habe er für seine Bank fast 30 Millionen Mark verdient.

Die Methode ist simpel. Hält ein Devisenhändler das Pfund für einen Abwertungskandidaten, nimmt er einen kurzfristigen Kredit in britischer Währung auf und verkauft die Pfunde gegen D-Mark zu dem noch gültigen hohen Wechselkurs.

Den Erlös aus diesem Tauschgeschäft legt er in D-Mark-Papieren an. Ist das Pfund dann nach unten gerutscht, tauscht der Händler seine Mark-Papiere wieder in Pfund zurück. Das ergibt ein Plus: Mußte der Banker bis zum schwarzen Mittwoch für 100 Mark rund 36 Pfund zahlen, bekommt er nun für sein Mark-Guthaben etwa 40 Pfund zurück.

Von diesem Kursgewinn muß der Händler die Sollzinsen bezahlen. Die Spekulation geht auf, wenn der Kursgewinn höher ist als die angefallenen Kreditkosten.

Im Börsenchinesisch heißt dieses Prinzip „short gehen“. Grundsätzlich gilt die Strategie für alle abwertungsverdächtigen Werte, seien es nun Pfund, Dollar oder Aktien.

Mit solchen Spekulationen erhöht sich das Angebot an weicher Währung zusätzlich. Die Notenbanken halten mit Milliarden-Interventionen dagegen. Bis Mitte September gab die Bundesbank 60 Milliarden Mark für Pfund und Lira aus.

Das funktioniert nur, wenn an den Finanzmärkten keine einheitliche Meinung über den Kursverlauf herrscht. Glauben alle Devisenhändler an einen Währungsverfall, sind die Nationalbanken mit ihren vergleichsweise kümmerlichen Interven-

tionen machtlos. Denn auf den Märkten werden täglich fast 1000 Milliarden Mark umgesetzt.

Besonders leicht fällt die Spekulation in einem System fester Wechselkurse wie dem EWS. Bei frei schwankenden Währungen wäre der Kurs des Pfundes längst gesunken, jeden Tag ein bißchen.

Doch im EWS war die Pfund-Mark-Parität bis zuletzt festgeschrieben. Die Zentralbanken mußten bis zum Abend des schwarzen Mittwochs Pfunde zu einem unrealistisch hohen Kurs von 2,78 Mark ankaufen. Am nächsten Morgen rauschte das Pfund in die Tiefe.

Seit Anfang vergangener Woche haben sich die Devisenhändler auf den französischen Franc eingeschossen. Die Investoren testen die Interventionskraft von Bundesbank und Banque de France.

Um die Attraktivität ihrer Währung zu erhöhen, hat die Pariser Zentralbank die Zinsen für kurzfristige Anlagen erhöht. Kredite für Spekulationen wurden teurer.

Doch bislang half das wenig. Die Händler setzen weiter auf einen fallenden Franc. Über 20 Milliarden Mark mußten die Bundesbanker in der vergangenen Woche schon für Stützungskäufe ausgeben.

Verlierer der Währungsturbulenzen sind die Noteninstitute. Die Bundesbank und, vor allem, die Zentralbanken der Weichwährungsländer zahlen drauf.

Bis zur Suspendierung des Pfundes mußte die Bank von England ihre Devisenreserven verschleudern, um Pfunde aufzukaufen. Weil das nicht reichte, nahmen die Londoner in Frankfurt zusätzlich Kredite auf. Damit konnten sie die Interventionen in Mark finanzieren.

Die verzinsbaren Darlehen muß die Bank von England grundsätzlich nach dreieinhalb Monaten an die Bundesbank zurückzahlen.

Und dann wird es teuer. Die Londoner Notenbank muß Beistandskredite prinzipiell in der Gläubiger-Währung, also in Mark, tilgen. Aufgrund der Pfund-Abwertung kostet die Mark für Briten inzwischen mehr. Und dieses Mehr schlägt bei der Bank of England als Minus zu Buche. Was die Devisenhändler als Gewinn verbuchen, wird bei den Notenbanken großteils zum Verlustgeschäft.

weile in den Briten, die als Vorsitzende im Europäischen Rat die Tagesordnung bestimmen.

Premier John Major steht mit seiner eher EG-freundlichen Haltung seit der Sterling-Krise und dem französischen Referendum unter Druck seiner konservativen Parteifreunde. Die Anti-Europäer unter den Tories haben Auftrieb bekommen.

Dem britischen Premierminister droht die Kontrolle über seine eigenen Abgeordneten zu entgleiten. „Seine Glaubwürdigkeit ist nahe Null“, urteilt die *Financial Times* über den Regierungschef. Und der konservative *Spectator* machte ein „Vakuum an Politik und Führerschaft“ aus.

Sollte Major den Maastrichter Vertrag dem Unterhaus zur Ratifikation zu-



**Briten-Premier Major**  
Glaubwürdigkeit verloren

leiten, dann riskiert er in der Konservativen Partei einen Aufstand, von dem die Führung fürchtet, daß er außer Kontrolle geraten könne.

Jetzt will Major abwarten, bis die Dänen Vorschläge machen, wie sie bei einer zweiten Volksabstimmung das Ja ihrer Bürger für Maastricht gewinnen können. Das kann dauern. Zwar hat die Kopenhagener Regierung zum Sondergipfel in Birmingham am 16. Oktober ein „Weißbuch“ zum Maastrichter Vertrag angekündigt. Aber – soviel ist sicher – konkrete Vorschläge für mögliche Vertragszusätze wird das Papier nicht enthalten.

Denn viel zu diffus sind im nördlichsten EG-Land die Vorbehalte gegen das Vertragswerk. Da Schlüter mit einem Minderheitskabinett regiert, ist er auf die Zustimmung der oppositionellen Sozialdemokraten angewiesen. Da könnten sich die Änderungswünsche der poli-

tischen Gruppierungen, so ein Brüsseler EG-Diplomat, leicht „ins Unermeßliche potenzieren“.

Die EG-Außenminister müßten das Kunststück vollbringen, nur für Dänemark die Ecksteine von Maastricht herauszunehmen, ohne das ganze Vertragswerk zum Einsturz zu bringen – ein auch für die anderen Mitgliedstaaten gefährliches Unterfangen. Denn sollte den Dänen wie den Briten ein Ausscheren aus der Währungsunion erlaubt sein, müßte diese Sonderklausel noch einmal in allen nationalen Parlamenten ratifiziert werden.

Die Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag forderten letzten Freitag Ähnliches. Nicht automatisch, sondern erst nach einer neuerlichen parlamentarischen Abstimmung dürfe die Währungsunion starten.

Sicher ist: Wird erst einmal „die Büchse der Pandora“ (Kommissionspräsident Jacques Delors) geöffnet, bricht der mühsam ausgehandelte Kompromiß von Maastricht auseinander. Der grundlegende Dissens zwischen jenen Ländern, die wie Großbritannien möglichst nur eine Zusammenarbeit souveräner Staaten wollen, und den „Integrationisten“, die – wie die Bundesrepublik, Italien oder Belgien – die Zukunft der EG in einem föderalen Bundesstaat sehen, wäre nicht mehr zu überbrücken.

Noch aber geben die Architekten von Maastricht, Helmut Kohl und François Mitterrand, ihre „Europäische Union“ nicht ganz verloren. Die Rettung, glauben sie, ist sogar im Vertrag angelegt.

Dort steht im Artikel 3b der Grundsatz der Subsidiarität, wonach die Gemeinschaft nur regeln soll, was „auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht“ werden kann. Wenn die „Regelungswut“ der Brüsseler Eurokraten „gestutzt“ werde, so hofft Kohl, werde den Bürgern die Angst vor der „gewaltigen, übermächtigen Bürokratie“ genommen (siehe Seite 191).

Auch in diesem Versuch, den Bürgerverdruss auf Brüssel umzulenken, war sich Kohl vorige Woche mit seinem Freund Mitterrand einig. Dann verließ der Kanzler den Elysée-Palast, trotz aller Euro-Querelen bei bester Laune, wenn auch hungrig.

Fast drei Stunden tafelte Helmut Kohl mit Vertrauten in einem Pariser Bistro, genüßlich plaudernd.

Worüber? Nein, nicht über den Anti-Europa-Affekt der Deutschen oder Dänen, nicht über das Elend mit der Einheit. Am Herzen lag ihm, weit und breit zu erzählen, wie sein alter Weggefährte Hans-Dietrich Genscher Politik zu betreiben pflegte. Und der ist ja auch rechtzeitig vor der Euro-Krise zurückgetreten.

# „Es fehlte an Führung“

Karl Otto Pöhl über Währungsunruhen und Probleme der deutschen Einheit



Pöhl (M.), SPIEGEL-Redakteure\*: „Die Zukunft des Maastricht-Vertrages ist offen“

**SPIEGEL:** Die Mehrheit der Franzosen hat für den Maastricht-Vertrag und damit für eine europäische Währungsunion votiert. Landet die Deutsche Mark schon bald im Museum?

**PÖHL:** Es sieht im Moment nicht so aus. Trotz des französischen Votums wird der Vertrag über die europäische Währungsunion vorerst nicht in Kraft treten. Die Dänen hatten schon vorher

mit Nein gestimmt. Ich bezweifle auch, ob das englische Parlament nach den Währungsturbulenzen der letzten Wochen bereit ist, den Vertrag zu ratifizieren. Kurzum: Die Zukunft des Maastricht-Vertrages ist offen.

**SPIEGEL:** Die deutschen Kritiker des Maastricht-Vertrages warnen davor, eine Währungsunion ohne politische Union zu schaffen. Ist eine gemeinsame Währung ohne einen gemeinsamen Staat überhaupt denkbar?

**PÖHL:** Ich kenne kein historisches Vorbild, aber ich kann mir eine Währungsunion und eine europäische Notenbank auch ohne politische Union vorstellen. Bedingung ist, daß man die Aufgaben der Notenbank eng definiert und sie auf die Erhaltung der Preisstabilität verpflichtet.

**SPIEGEL:** Der Maastricht-Vertrag ist anspruchsvoller. Er versucht, auch in der Sicherheits- und Außenpolitik zu einer Abstimmung innerhalb der EG zu kommen.

**PÖHL:** Diese Text-Passagen sind doch nur vage formuliert. Man sollte den Maastricht-Vertrag in seiner jetzigen Form ad acta legen und einen neuen Vertrag nur über die Europäische Zentralbank aushandeln. Das hätte zwei

## Karl Otto Pöhl

war von 1980 bis 1991 Präsident der Deutschen Bundesbank. Der Verfechter einer harten Stabilitätspolitik galt im In- und Ausland als „Mr. D-Mark“. Für seinen Rücktritt gab er private Gründe an, doch macht er keinen Hehl daraus, daß ihm die Politik der Bundesregierung nicht behagte. So prophezeierte er, zum Ärger der Bonner, ein Desaster im Osten. Bevor der Volkswirt 1977 als Vizepräsident zur Bundesbank kam, war er zunächst Wirtschaftsberater des Kanzlers Willy Brandt, dann Staatssekretär im Finanzministerium. Heute ist Pöhl, 62, Gesellschafter des Kölner Bankhauses Sal. Oppenheim.

\* Hans-Jürgen Schlamp, Gabor Steingart in Washington.